



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. Juni 2018  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **A 457 Anfrage Kurmann Michael und Mit. über die Folgen der Digitalisierung / Finanzdepartement**

Michael Kurmann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Michael Kurmann: Nicht alles, was digitalisiert werden kann, muss digitalisiert werden. So steht es in der Antwort zu Frage 4. Die Wirtschaftlichkeit und die Akzeptanz in der Gesellschaft müssen stimmen. Diesbezüglich bin ich mit der Regierung einverstanden. Die Antworten zeigen die Instrumente auf, die der Kanton zur Verfügung hat, und die damit verbundenen Herausforderungen in Verwaltung, Bildung und Gesellschaft. Ich stelle fest, dass der Kanton Luzern in Sachen Digitalisierung bereits einige Anstrengungen unternommen hat beziehungsweise unternimmt. An der Veranstaltung mit dem Thema „Organisation, Weiterentwicklung und Finanzierung der Volksschulen“ im Rahmen des Tages der aufgeschlossenen Volksschulen am 15. März in Sursee konnten wir uns über die Implementierung des digitalen Arbeitens in den Volksschulen überzeugen. Es ist eindrücklich, was die Kinder in diesem Bereich heute schon leisten. Die Digitalisierung oder die technologische Transformation der Gesellschaft hat verschiedene Facetten. Für die Digitalisierung sind als Voraussetzung die notwendigen Infrastrukturen zu schaffen, wie Hardware, Rechenzentren oder Netzinfrastrukturen, dies auch auf der Landschaft. Weiter müssen die Prozesse angepasst und neu implementiert werden. Was das bedeutet, erleben wir zurzeit mit der Umstellung auf den digitalen Kantonsrat. Die Umstellung ist komplex und herausfordernd. Die Mitarbeitenden sind gefordert. Die Lösungen und Prozesse müssen anwender- und kundenfreundlich sein, nur so werden sie akzeptiert und angewandt. Der Transformationsprozess ist aufwendig und mit erheblichen Investitionen verbunden. Der Kanton steuert die Digitalisierung mit der E-Government-Strategie und dem damit verbundenen Umsetzungsplan zum Projekt Organisationsentwicklung 2017 (OE17). In diesen Steuerungselementen liegt meine Kritik an den sonst zufriedenstellenden Antworten. Im Kanton Luzern fehlt ein übergeordnetes Steuerungsinstrument betreffend Digitalisierung, das alle Bereiche und Departemente abdeckt. Ich sehe Parallelen zur Diskussion von heute Morgen über die Mobilitätsstrategie. Diese Instrumente gehören zusammen. Drei Forderungen dazu. Erstens: Die nächste Phase der Digitalisierung betrifft in besonderem Mass die Infrastrukturen. Erfolgsfaktor der Energiestrategie ist die Digitalisierung der Energieversorgung; Verkehrsinfrastrukturen werden sowohl im Individualverkehr als auch im öffentlichen Verkehr digitalisiert. Zu den wesentlichen Veränderungen im Gesundheitswesen zählt auch der Aufbau einer möglichen Telematikinfrastruktur. Zweitens: Ein weiterer wichtiger Teil der Digitalisierung ist es, die Medienkompetenz der jungen Menschen zu steigern und sie für einen sicheren und verantwortungsbewussten Umgang mit dem Internet zu emanzipieren. Die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenzen sehe ich als zentrale Massnahme für den Datenschutz und die Sicherheit im Internet für alle Nutzenden.

Drittens: Die Digitalisierung eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten, die das Leben der Menschen einfacher machen und neue Chancen für den Arbeitsalltag bieten. So gibt es durch die Digitalisierung neue Angebote wie flexible Arbeitszeitmodelle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In der Motion M 557 von Giorgio Pardini wird eine solche Digitalisierungsstrategie gefordert. Eine solche erachte ich als notwendig und richtig.

Sara Agner: Praktisch jeder Bereich des Lebens ist von der Digitalisierung betroffen. Es besteht ein Informations- und Diskussionsbedarf, auch in unserem Rat. Klar ist, dass der Kanton eine übergeordnete Strategie braucht. Die E-Government-Strategie ist zwar gut und recht, sie befasst sich aber in erster Linie mit möglichen Effizienzsteigerungen und Sparpotenzialen in einzelnen Teilen der Verwaltung. Diese Betrachtung reicht aber nicht aus, auch wenn die SP diese Bestrebungen meistens unterstützt, solange es sich um reine Effizienzsteigerungen und nicht um Leistungskürzungen handelt. Die Digitalisierung benötigt aber eine übergeordnete Betrachtung über die gesamte Verwaltung mit Blick auf Konsequenzen und den Handlungsbedarf für Gesellschaft und Wirtschaft. Das fehlt uns. Die Motion M 557 von Giorgio Pardini ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Uns fehlt bei der Antwort eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Digitalisierung. Der einzige kritische Satz ist: „Nicht alles, was digitalisiert werden kann, muss zwingend digitalisiert werden.“ Damit die Chancen der Digitalisierung mittel- und langfristig genutzt werden können, braucht es eine kritische Auseinandersetzung. Bei der Beantwortung einer solchen Anfrage müsste es selbstverständlich sein, dass die Regierung auf die Wichtigkeit des Datenschutzes hinweist.

Urban Frye: Beim Lesen der Antwort habe ich den Eindruck erhalten, dass dem Regierungsrat die eminenten Auswirkungen dieser industriellen Revolution auf die gesamte Welt noch nicht bewusst sind. Jede Pore der Gesellschaft wird davon betroffen sein, insbesondere der gesamte Arbeitsmarkt. Gemäss den verschiedensten Studien werden zwischen 30 und 55 Prozent aller Arbeitsplätze verschwinden. Die unterschiedlichen Zahlen begründen sich darin, dass man sich nicht einig ist, wie viele neue Arbeitsplätze entstehen werden. Bleiben wir also bei 30 Prozent; die Auswirkungen dieser Entwicklung – natürlich auch auf den ganzen Kanton – sind gross, auch auf die Steuereinnahmen. Das gesamte Steuersystem wird sich wahrscheinlich vollkommen ändern. Es kann nicht mehr die Arbeit besteuert werden, sondern es müssen andere Formen der Besteuerung gefunden werden. Wahrscheinlich wird die Hälfte der gesamten Bevölkerung nicht mehr im Arbeitsprozess eingegliedert sein, aber etwas gesellschaftlich Sinnvolles tun. Das wird zu totalen Parallelwelten führen. Ich hoffe, dass sich der Regierungsrat Gedanken macht, was alles auf uns zukommt. Es geht um weitaus mehr als nur um die Digitalisierung der Verwaltung.

Charly Freitag: Das Thema der Digitalisierung wird uns die nächsten Jahre begleiten und unser Leben verändern. Die Beantwortung der Fragen ist wie zweigeteilt. Zum einen geht es um die Auswirkungen der Digitalisierung auf unser Leben im Allgemeinen, und zum anderen um die Frage, wie der Kanton Luzern auf die Digitalisierung reagiert. Grosse Strategien schreiben ist überholt. Wie wickelt sich der ganze Zahlungsverkehr ab? Wie löst man ein neues Natelabonnement? Wie gibt man Änderungen beim Fernsehanbieter auf? Oder wie bucht man Ferien? Die Wege sind da, und wir Nutzer brauchen sie täglich. Der Kanton als Staatsebene muss jetzt auf die Bedürfnisse der Bürger eingehen. Der Kanton hinkt hinterher, die Regierung hat das aber erkannt. Mit der OE17 werden die wesentlichen Schritte unternommen. Hören wir doch auf, endlos lange Diskussionen zu führen, und schauen wir in die Welt hinaus, was bereits funktioniert, und orientieren wir uns daran. Ich bin zuversichtlich, wenn wir den eingeschlagenen Weg weitergehen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: E-Government bedeutet eigentlich das Automatisieren der Abläufe. Der Staat erfindet im Gegensatz zur Wirtschaft mit der Automatisierung kein Geschäft. Unsere Aufgaben sind gegeben, wir automatisieren sie einfach. Digitalisierung oder E-Government heisst aber nicht nur, in jedem Bereich siloartig Effizienz zu steigern und zu automatisieren, sondern durchgängige Prozesse zu gestalten, und das gegenüber anderen Behörden, seien es der Bund, Kantone oder Gemeinden, aber auch gegenüber den

Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft. Wir müssen auch nicht eine eigene Strategie erfinden, denn es gibt genügend Strategien. Unsere Aufgabe ist die Umsetzung und nicht, nur immer darüber zu reden. Das tun wir auch. Dazu haben wir einen Werkzeugkasten entwickelt. Wenn wir merken, dass mehrere Dienststellen das Bedürfnis haben, E-Rechnungen zu generieren, tun sie das gemeinsam. Das Gleiche gilt für die Zustellplattform. Die Dienststelle Steuern arbeitet seit diesem Monat mit E-Post-Office, einer Standardlösung. Die Einführung hat nicht früher stattgefunden, weil wir auf eine Standardlösung warten wollten, um nicht alles selber entwickeln zu müssen. Die Regierung ist sich sehr wohl bewusst, was alles auf sie zukommt. Hier handelt es sich aber um eine Anfrage, die wir beantwortet haben, und nicht um eine Dissertation. Das Thema Digitalisierung ist viel zu breit, als dass man es mit einer Anfrage beantworten könnte. Ich würde nicht so weit gehen und von 30 Prozent Arbeitslosen sprechen. Jede industrielle Revolution hat letztlich zu mehr, aber veränderten Arbeitsplätzen geführt. Diese Revolution geht wahrscheinlich etwas schneller, aber die Bevölkerung ist gut darauf vorbereitet, was auch einige Zahlen zeigen. So besitzen auf der gesamten Welt 2,5 Milliarden Menschen eine Zahnbürste und 4,5 Milliarden Menschen ein Mobiltelefon. Seit 2014 arbeiten mehr Menschen mit mobilen Geräten als mit Desktopgeräten. Der Anfragende meinte, wir hätten kein Steuerungsgremium. Dem ist nicht so. Mit dem OVG, welches aus den ehemaligen Informatikverantwortlichen besteht, haben wir eine Organisationsgruppe. Bei der Digitalisierung handelt es sich zuerst um ein Organisationsthema und erst danach um ein Informatikthema. Die Prozesse müssen zuerst organisatorisch gestaltet und danach informatikmässig umgesetzt werden. Wir haben sogar eine Person, die für die Digitalisierung verantwortlich ist und den Werkzeugkasten zusammensetzt in Abstimmung mit dem Bund, anderen Kantonen und unseren Gemeinden.